

Haushaltsrede 2017

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan ist immer ein Buch voller Erwartungen. Wohl dem, der es auch diesmal mit seinem Anliegen am strengen Türsteher vorbei schaffte und hinein kam. „Bis auf Weiteres wegen Überfüllung geschlossen“, könnte man am Ende sagen – denn die nächste lange Schlange bildet sich bereits vor der Tür und begehrt Einlass.

2009 – im schwersten Krisenjahr – waren die Wünsche klein, die Angst dagegen groß! Die Menschen vergessen schnell. Soeben war der Bund noch pleite. Billionen von Schulden, Milliarden von Investitionen vor der Brust; eine Last für künftige Generationen.

Nun, nach 2 Jahren Überschuss, heißt es bereits wieder „Herr Schäuble, rücken Sie die Kohle raus, wir Steuerzahler brauchen dringend Entlastung.“ Das verstehe, wer will.

Alle sprechen von Nachhaltigkeit – Was ist das denn genau? Und wer entscheidet? Wenn wir jetzt massiv in Bildung investieren – bis zu welcher Generation dürfen diese Schulden weitergegeben werden? Und wie ist das mit der Energiewende?

Wenn nicht jetzt; wann dann ist eine energetische Sanierung angezeigt? Unterlassene Instandsetzungen sind immerhin auch Schulden für die Zukunft und schaden der Umwelt.

„Die Steuern sprudeln“. Das lese ich nahezu jeden Tag. Wo denn bitte ...? Unsere **Aufgaben** sprudeln – sie explodieren geradezu, wenn Sie mich fragen. Das ist die kommunale Wahrheit!

Die Politik in Land und Bund verspricht, liefern müssen meist wir vor Ort. Jedoch – immer noch – ohne eine angemessene finanzielle Ausstattung, im Gegenteil. Man wirft uns Kommunen zum wiederholten Mal vor, uns gehe es besser als dem Land. Deshalb will man an unser Geld. Und die Medien finden das noch fair. Fehlt dort das Wissen um die verfassungsrechtlichen Grundlagen oder ist das Absicht? Konnexität ist ein Verfassungsgrundsatz und bedeutet „wer verspricht ... bezahlt!“

Unsere Personalausgaben werden sich bis 2020 in nur 12 Jahren verdoppelt haben!

Schlecht gewirtschaftet? Zu viele Mitarbeiter und zu wenig zu tun? Alle kurz mal befördert? Denkste!

Personalaufwendungen Schülerhort + 1060 % (Faktor 11,6)

Kita + 225 % (Faktor 3,2)

Zuschussbedarf Schule und Kita knapp 2,5 Mio./Jahr

(Faktor 3)

Wir machen dies, weil die Politik unseren Bürgern einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen gewährt – ehrlich formuliert: „verspricht“! Denn gewährleisten muss es die Kommune – mit fatalen finanziellen Folgen.

Die Finanzministerin hat bis vor kurzem noch behauptet, der Landeshaushalt habe ein strukturelles Defizit. Das war eine „Schwalbe“, wie jetzt bewiesen wurde. Richtig ist, dass die Kommunen bei dieser Lastenverteilung chronisch unterfinanziert sind. Aber es soll ja besser werden!? Echt?

Bei der Erfüllung der U3-Quote sind wir landkreisweit auf dem 4. Platz. Wir haben in 2 Jahren 7 Mio. € in 2 neue Kitas gesteckt und die Häuser auch sofort mit Leben gefüllt. Nun droht ab September die 3. Gruppe im Wirbelwind notwendig zu werden. Doch ist diese Einschätzung gesichert? Und wie viele Plätze denn konkret?

Fakt ist, ab dem 1. Kind braucht es die volle Personalausstattung mit 2 Kräften, Kosten pro Jahr weitere 100.000,-- € Ganz ehrlich? Wir haben das zwar veranschlagt, hätten aber auch den Mut, gemeinsam mit Ihnen diesen Ansatz zurückzustellen und das Risiko einzugehen. Ist es bei unserem Tempo nicht auch mal gestattet, eine kurze Verschnaufpause einzulegen? Wenn in der Nachbarschaft Plätze frei sind, könnte man doch interkommunal denken und diese Plätze dorthin

vermitteln? Die Bereitschaft der Betroffenen wird unterstellt. Das hat auch bereits geklappt ... Sonst geht's eben vor Gericht ... im schlimmsten Fall. Wo sind denn die versprochenen Betreuungsplätze der florierenden Wirtschaft für ihre Mitarbeiter der Zukunft? Auch das wurde uns versprochen!

Meine Damen und Herren, im Fokus der Finanzplanung bis 2020 steht unser größtes Projekt! Die Ganztagschule. 4,5 Mio. von insgesamt 8 Mio. Baukosten scheinen bis dahin finanziert. Folge: Rücklagen weg, Schulden hoch! Aber wenn nicht jetzt, wann dann? Stattliche Förderung vom Land: stolze 4,9 %. Da tränen mir die Augen. Wir haben in den letzten Wochen alle denkbaren, weiteren Fördertöpfe für „sozial schwache Gemeinden“ identifiziert und entsprechende Anträge vorbereitet. Mehr geht nicht! Was davon wirklich klappt, steht in den Sternen. 3,5 Mio. für die Schule müssen in den Folgejahren nach 2020 aufgebracht werden. Wie genau, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen.

Aber auch die begonnene Ortskernsanierung muss weitergehen! Innen- vor Außenentwicklung. Das sagt sich so leicht. Aber wenn nicht jetzt, wann dann? Im Falle der Neuaufnahme ins Programm stehen praktisch 10 Jahre zur Verfügung, um diese Gelder abzurufen, die Eigenmittel aufzubringen und die Maßnahmen umzusetzen. Deshalb ist es klug, heute schon an übermorgen zu denken. Aus diesem

Programm sollen im Übrigen auch die beiden alten Schulgebäude zur Nachnutzung gefördert werden. Deshalb müssen wir da rein!

Die Sanierung von bestehenden Straßen mit Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Daueraufgabe und erfordert jedes Jahr mittlere 6-stellige Beträge. Wenn nicht jetzt, wann dann? Kleine Verschiebungen sind immer möglich – Falls es mal richtig klemmt!

Ein Hallenbad zu betreiben, ist ohne Zweifel nach geltendem Recht eine freiwillige Aufgabe und deshalb – das ist die bisherige Beschlusslage – werden wir auf lange Sicht uns diese Einrichtung (alleine) nicht mehr leisten können! 2019 sollte Schluss sein – das war der Plan. Zu diesem Plan gehörte allerdings die Bedingung, dass die Stadt Kirchheim bis dorthin neu gebaut haben sollte und wir für unsere Schule und das Vereinsschwimmen dort die notwendigen Stunden einkaufen können. Diese Annahme war wohl zu kühn. Denn wir wissen jetzt, dass dieser Fall nicht eintreten wird.

Was also ist nun der Plan B? Blicken wir zunächst noch einmal zurück – in die Zeit der großen Krise. Damals hatten 2 benachbarte Kommunen 2 Hallenbäder und beide waren alles andere als glücklich damit. Wenn die Finanzkrise wirklich etwas Positives hervorgebracht haben sollte, dann war es mit Sicherheit die herausragende strategische, interkommunale

Entscheidung, dass für 2 Kommunen in Zukunft 1 „gemeinsames“ Bad reichen muss. Auch mit einigem Abstand finde ich diesen Schritt immer noch sehr bemerkenswert. Plan C wäre nun, dass 2 Kommunen statt früher 2 künftig 0 Hallenbäder hätten. Das wäre ein jäher und schmerzlicher Absturz für weit mehr als 50.000 Einwohner rund um die Teck und für alle Schulen und betroffenen Vereine, auch für unsere. Muss es dazu kommen? Ich sage „Nein“! Es gibt nämlich einen Plan „B“, der uns zwar erneut vor eine Herausforderung stellt. Ich meine aber, wir können und sollten sie bewältigen.

Ein Hallenbad kann man nur einmal schließen, dann ist es weg. Insoweit bestimmen der zeitliche Zwangspunkt und die finanziellen Konditionen die Priorität der Maßnahme.

Auf der Verwaltungsebene haben wir mit der Stadt Kirchheim einen Verteilungsschlüssel von 70:30 beim Invest und grundsätzlich auch beim laufenden Betrieb bis 2030 verhandelt. Das entspricht im Übrigen der momentanen Belegung des Bades. Vergleicht man unseren Aufwand bei diesem Modell mit dem vorhin erwähnten Plan „C“, bei dem wir auch weiterhin Belastungen für das Einkufen von Stunden für unsere Schwimmer in einem anderen Bad hätten, scheint uns der geringe Mehraufwand für die Verlängerung der Kooperation mit Kirchheim vertretbar und auch leistbar. Deshalb haben wir die Mittel dafür im Haushalt und der Finanzplanung veranschlagt.

Die Entscheidung hierzu soll in der Sitzung am 16. Januar erfolgen. 2 Kommunen betreiben weiterhin 1 „gemeinsames“ Bad. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Die große Politik hat für uns definiert, was Nachhaltigkeit ist: Alle Kommunen müssen bis spätestens 2020 die Doppik einführen. Bund und Land machen aber selbst nicht mit. Warum eigentlich? Vielleicht musste man sich ja eingestehen, dass die öffentliche Hand gerade keine private Firma ist, die ihre Produkte selbst definieren und damit Gewinne erzielen kann? Der Staat hat eine soziale Verantwortung und bleibt oft auf Dienstleistungen sitzen, die per se defizitär sind und die die Wirtschaft deshalb ablehnt.

Was also soll es für einen Sinn haben, durch eine verschärfte Buchführung Angst und Schrecken zu verbreiten? Ging etwa jemals eine Kommune in BW in 70 Jahren seit Kriegsende in die Insolvenz? Welchen Vertrauensvorschuss gibt man da Ihnen als Kommunalpolitiker? Im Grunde keinen. Warum sollen wir Abschreibungen ausweisen und erwirtschaften für Einrichtungen, von denen wir heute schon wissen oder ahnen, dass wir sie übermorgen schließen werden? Wenn wir die Werkrealschule einstellen, aus 3 Schulhäusern eines machen und dafür massiv investieren ... Warum nehmen wir dann buchhalterisch Schaden und müssen künftig hohe Abschreibungen ausweisen? Ist unsere Entscheidung dagegen

nicht eine wirtschaftlich äußerst sinnvolle und gerade deshalb sehr nachhaltige?

Wenn die Steuern wirklich mal sprudeln und die Stadt Kirchheim beispielsweise dieses Jahr 55 Mio. an Gewerbesteuern einnimmt – warum muss man dann die nette Toilette schließen und kann sich kein neues Hallenbad leisten? Wegen der berechtigten Angst um die enormen Abschreibungen – das ist nicht nur meine Wahrnehmung! Und die Stadt Nürtingen betreibt gleichzeitig zwei Hallenbäder? Wie geht das denn? Bei nur 17 Mio. Gewerbesteuer. Können die dort nicht rechnen?

Einige meiner Kollegen sind der Auffassung, es bringe nichts mehr, die Doppik zu kritisieren. Das ist die Geschichte mit der Katze und dem Baum ...

Nicht nur, weil derzeit evaluiert wird, bin ich ausdrücklich anderer Meinung. Wenn nur der Buchhalter steuert, werden am Ende falsche Entscheidungen stehen, werden notwendige Investitionen in die Zukunft unterbleiben. Dies zeichnet sich bereits jetzt in einigen Kommunen ab. Das große Geschrei steht uns noch bevor; es wird spätestens 2020 kommen, wenn alle Kommunen umgestellt haben müssen und die letzten aufwachen werden. Sie werden sehen ...

Wir werden langfristig mit rd. 1 Mio. Abschreibungen pro Jahr belastet. Hinzu kommen zumindest die nächsten beiden Jahre, in denen aufgrund der Systematik im Finanzausgleich unsere Zahlen tiefrot sein werden.

Trotz alledem – und aus meiner Sicht sehr wohl nachhaltig – braucht es jetzt den Mut, den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen und unsere Infrastruktur massiv umzubauen. Wohlgemerkt „umzubauen“, nicht unbedingt zu „vergrößern“! Mit den bereits skizzierten finanzwirtschaftlichen Folgen. Aber wenn nicht jetzt – wann dann?

Dettingen kann stolz sein auf seine vielen tüchtigen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Das wissen wir zu schätzen. Gerade in Zeiten aktueller Flüchtlingsströme.

Wie es dabei weitergeht, kann niemand sagen. Welche Kosten auf die Gemeinde langfristig zukommen, wir können sie nur schätzen. Und manches wird behördlich verfügt und erzeugt Unmut an der Basis. Wir alle tun, was wir können, mehr geht nicht – so schwer das im Einzelfall auch zu akzeptieren ist. Es ist manchmal ein Spagat zwischen Rechtsstaatlichkeit und persönlicher, individueller Hilfsbereitschaft. Vor 1 Jahr war die Herausforderung, 100 Flüchtlinge auf einmal zu schultern, nun besteht sie darin, trotz großer Integrationserfolge, wieder loszulassen. Leider gibt es keinen Mittelweg. Die Wahrheit ist

aber auch: fast 50 % der im Landkreis derzeit lebenden Flüchtlinge haben nach unserem Recht keine oder nur eine geringe Bleibeperspektive. Auch das muss die Grundlage unseres Handelns sein.

Die einzige Pflichtaufgabe einer Kommune, die zu 100 % ehrenamtlich geleistet wird, ist die Feuerwehr. Wir sind dankbar, dass so viele Engagierte ihren Dienst tun und Tag und Nacht für unsere Sicherheit sorgen. Dabei ist es um den Nachwuchs immer noch gut bestellt. Das ist kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis vorausschauender und harter Arbeit.

Unsere Feuerwehr möchte eine Perspektive für ihre künftige Arbeit. Das ist nicht mehr als recht und billig. Das bestehende Magazin im Rathaus ist 55 Jahre alt und entspricht in vielem nicht mehr den aktuellen Standards. Darüber besteht Konsens. Auf dem Wunschzettel steht deshalb der Neubau am Bahnhofplatz.

Wir haben dieses Thema in den vergangenen Monaten kontrovers, teilweise sogar sehr emotional, diskutiert. Am Ende muss und wird der Gemeinderat eine gute Entscheidung treffen, davon bin ich überzeugt.

Zur Ehrlichkeit in der Kommunalpolitik gehört aber auch die Tatsache, dass bei den bisher dargestellten Prioritäten in der

Finanzplanung zumindest innerhalb der nächsten 5 Jahre keine Mittel für diese Investitionen bereitstehen werden. Es sei denn, die Priorisierung wird verändert. Das ist das Königsrecht des Gemeinderats. Sie haben also das Heft in der Hand.

Dennoch – aus heutiger Sicht und auf Grundlage bisheriger Beschlüsse erneuere ich mein Angebot an unsere Wehr, zur Sicherung der Einsatzbereitschaft 2019 das benötigte neue Fahrzeug zu beschaffen. Diese Mittel sind mit 470.000 € veranschlagt.

Mit ein wenig Entgegenkommen bei der Ausstattung passt das Fahrzeug ins bestehende Haus – und kann die Durststrecke bis zur Lösung der Magazinfrage überbrücken. Ich halte diese Idee nach wie vor für gut und bitte alle Verantwortlichen und Entscheidungsträger, vorurteilsfrei darüber nachzudenken und zu diskutieren. Das ist Teil unserer Verantwortung für das große Ganze! „Für andere Dinge hat man schließlich auch Geld“, wurde mir entgegnet. Natürlich darf man das sagen in einer Demokratie. Substanzielles für die Entscheidungsträger lässt sich daraus aber leider nicht ableiten. Es bleibt folglich dabei, dass der Gemeinderat jedes Jahr aus den eingehenden Wünschen diejenigen Projekte identifizieren muss, die nach Abwägung aller Argumente Vorrang haben und für die die Finanzierung möglich ist. So ist das Geschäft!

Die kommenden Jahre werden zu einer großen Herausforderung. Die zentrale Frage wird sein, ob wir den Mut aufbringen, unsere dringenden Aufgaben trotz schwieriger Finanzperspektiven tatsächlich auch anzupacken. Ich traue uns dies zu. Wenn nicht jetzt, wann dann? Das Leben in Dettingen wird jedoch – das ist sicher – für uns alle in Zukunft erheblich teurer werden; gerade auch durch die erzwungene Buchführung und damit der Pflicht zur Refinanzierung. Das Sprichwort „Wer A sagt, muss auch B sagen“, gilt also mehr denn je. Sorge macht mir, das möchte ich nicht verschweigen, dass es zunehmend sowohl in der Gesellschaft und demzufolge auch in Gemeinderäten im Land Tendenzen gibt, Ursache und Wirkung bequem zu trennen und ungelöste Haushaltsprobleme der Verwaltung vor die Füße zu werfen mit der Erwartung, die Quadratur des Kreises hinzuzubekommen.

Ich traue uns auch hierbei zu, dass wir diesem Trend gerade nicht folgen und dass wir gemeinsam und demokratisch, und durchaus immer wieder nach kontroverser Diskussion, die richtigen Entscheidungen für Dettingen treffen – und diese auch bei Kritik gemeinsam vertreten werden. Dafür wurden wir gewählt.

Vielen Dank!